

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 23

Artikel: Warschauer Pakt zum Schlichtungsamt? : Eine neue Rolle für das östliche Verteidigungsbündnis wird in Moskau diskutiert
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093723>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Warschauer Pakt zum Schlichtungsamt?

Soll der Warschauer Pakt (Wapa) von einem Militärbündnis zu einer politischen Koordinations- und Schlichtungsstelle für die Mitgliedstaaten untereinander werden? Eine solche Umwandlung ist mindestens im Sinne einer neuen Gewichtung in einer zentralen sowjetischen Publikation angeregt worden. Das gehört zu der auch anderswo geführten Diskussion darüber, was angesichts der neuen Konstellationen mit den übernommenen Blockstrukturen geschehen solle.

Der erwähnte Beitrag erschien in der Moskauer aussenpolitischen Wochenzeitschrift «Nowoje Wremja» vom 1. 10. 1989 unter dem Titel «Was für eine Art von Bündnis brauchen wir?» Verfasser sind Michail Bjesrukow und Andrej Kortunow, zwei Politikwissenschaftler, die sich mit Fragen der internationalen Sicherheit befassen. Die Redaktion kennzeichnete den Text als Gesprächsvorlage für eine spezialisierte oder nichtspezialisierte nationale und internationale Öffentlichkeit. Die Zeitschrift, die früher in amtlichen Wendungen die sowjetische Aussenpolitik propagierte, gehört heute zu den profilierten Glasnost-Erzeugnissen der sowjetischen Zentralpresse, hat aber im Unterschied etwa zu «Ogonjok» immer noch offizielles Gewicht.

Der Warschauer Pakt ist das, was das sozialistische Lager militärisch noch zusammenhält, falls der Ausdruck vom sozialistischen Lager angesichts seiner politisch disparaten Bestandteile und der zum Teil rasanten Entwicklung in den Mitgliedstaaten weiterhin berechtigt ist. Zusammen mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gehört der Wapa zu den gemeinsamen Organisationsstrukturen des Ostens und ist als solche intakter als die Wirtschaftsgemeinschaft. Innerhalb der festgefügtsten Form zerläuft allerdings der Inhalt.

Das Militärbündnis unter Moskauer Dominanz diente einerseits als Pendant zur Nato der militärischen Sicherstellung des zusammengezählten Territoriums nach aussen und andererseits als militärischer Sozialismusgarant der Lagerdisziplin. Die Bedrohung von aussen ist eine Fiktion, die kaum mehr aufrechterhalten wird, und die Bewahrung der gemeinsamen Ordnung greift als Motiv nicht mehr, weil das Hauptmerkmal der sozialistischen Gegenwart die *Ordnungsveränderung* ist und die Gemeinsamkeit sich verflüchtigt hat.

Unter diesen Umständen steht der Warschauer Pakt zwar noch nicht zur Disposition, sicher aber zur Diskussion. Moskau selbst anerkennt erstmals die Souveränitätsrechte der Wapa-Mitglieder bis zum Punkt der einseitigen Neutralitätserklärung (die der Negierung der Bündnispflichten gleichkäme), und einzelne Politiker haben mit unklarer Verbindlichkeit bereits ausdrücklich vom Austrittsrecht gesprochen (der Vertragstext sieht diese Möglichkeit nicht vor).

Inzwischen gibt es verschiedene Vorstellungen von einem gesamthaften Wandel des Bündnissystems.

Als Fernziel hat Gorbatschow diesen Sommer in Strassburg und Moskau die gleichzeitige Auflösung von Nato und Wapa genannt, gleichzeitig aber eine neue Rolle des Warschauer Paktes von der Gegenwart an prognostiziert. Die militärischen Prioritäten des Paktes würden wahrscheinlich durch politische Prioritäten ersetzt (Interview im Moskauer Fernsehen, 8. 7. 1989). Mit der blossen Prognoseform wollte Gorbatschow offensichtlich zum Ausdruck bringen, dass Moskaus Wunsch nicht länger Befehl sei.

In diesem Kontext einer auch sonst aufgeworfenen Frage nach der Zukunft des Warschauer Paktes ist der genannte Beitrag in «Nowoje Wremja» zu sehen, dessen Überlegungen als Teil des neuen sowjetischen Denkens bemerkenswert sind, auch wenn man sie nicht mit den sowjetischen Führungsabsichten gleichzusetzen braucht.

Der Osten braucht etwas, was ihn noch zusammenhält

Die beiden Autoren packen das Thema gleich frontal an: «Man kann die Meinung hören, dass der Warschauer Pakt heute überholt sei.» Dieser Meinung widersprechen sie mit verschiedenen Argumenten, die aber interessanterweise nichts mit irgendwelchen Bedrohungen von aussen zu tun haben.

● Die Mitgliedstaaten hätten nach wie vor gemeinsame gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme mit dem Hauptmerkmal, dass sie der westlichen Entwicklung gegenüber zurückgeblieben seien. Das verunmögliche es ihnen, an der internationalen Integration politisch und wirtschaftlich direkt teilzuhaben.

● Der Warschauer Pakt sei der gegebene Mechanismus, um für Stabilität in Osteuropa zu sorgen, einer Region, die Konflikte und Kriege schon zur Genüge hervorgerufen habe. Ein Verzicht auf die Bündnisorganisation wäre heute weniger als je zu verantworten, da die akuten internen Probleme einiger Mitgliedstaaten auch ihr aussenpolitisches Verhalten beeinflussen könnten. (Im Klartext heisst das, dass es zwischen Paktstaaten zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen könnte, etwa zwischen Rumänien und Ungarn.)

● Die osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion seien sowohl durch ihre Handelsbeziehungen als auch durch ihr Netz wissenschaftlicher, kultureller und persönlicher Kontakte miteinander verbunden. Dem stehe momentan entgegen, dass in einigen Staaten die «Traditionalisten» versuchten, die Bevölkerung von der Reformbewegung in der Nachbarschaft zu isolieren, aber diese Erscheinung könne nicht von Dauer sein. (Diese Prognose hat sich kurz nach Erscheinen des Beitrags im Falle der DDR bewahrt.)

● «Wenn die osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion es vermeiden wollen, im 21. Jahrhundert zum Hinterhof eines reichen und blühenden Europas zu werden, müssen sie jetzt gemeinsam etwas tun.»

Alle diese Zwänge machten die osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion objektiv zu einem gemeinsamen Gegenüber des Westens.

Ein neues politisches Gebilde schaffen

Die beiden Autoren befürworten eine Umgestaltung des Warschauer Paktes in eine «emanzipierte politische Union», die sich der stalinistischen Hinterlassenschaft in den sowjetisch-osteuropäischen Beziehungen entledigt habe. Das erfordere echte Gleichberechtigung, Diversität und Hinnahme von unterschiedlichen oder gar gegensätzlichen Ansichten. Die Sowjetunion ihrerseits müsse ihr Unbehagen angesichts wachsender westlicher Einflüsse in Osteuropa ablegen und dürfe es auch. Tatsächlich sei das Ansehen der Sowjetunion und ihrer Führung in Osteuropa erheblich gestiegen, soweit es um die Bevölkerung gehe.

Viel sei in den letzten Jahren getan worden, um die internen Probleme osteuropäischer Staaten vom Odium grossbrüderlicher Nachhilfe zu entlasten, «und heute führt man dort die nationalen Schwierigkeiten kaum mehr auf das sowjetische Einmischungspotential oder gar auf direkte Instruktionen aus Moskau zurück.»

Laut Auffassung der beiden Autoren enthält der Warschauer Pakt die Möglichkeit eines politischen Mechanismus, wenn auch leider erst in einem embryonalen Zustand, und diese Funktion gelte es jetzt zu entwickeln. Eingeräumt wird, dass der günstigste Zeitpunkt dafür verpasst worden sei. Hätte die Sowjetunion damals, als sie noch die unbestrittene Führungsmacht der Region war, ihre Verbündeten von sich aus zu echten Partnern aufgewertet, wäre das als gültiger Vertrauensbeweis gewürdigt und als freiwillige Übertragung von Entscheidungsbefugnissen begrüsst worden. Heute, da die Mitgliedstaaten schon selber zu nationalistischem Gebaren gelangt seien und ein Graben die traditionalistischen von den reformistischen Staaten trenne, überzeuge ein Angebot zu partnerschaftlicher Kooperation nicht mehr so leicht. Aber besser spät als nie, meinen offenbar die Verfasser.

Priorität für Ost-Ost-Beziehungen

Konkret schlägt das Papier vor, dem Warschauer Pakt eine zusätzliche politische Behörde zu geben, deren Sitz sich in irgendeiner Hauptstadt des Bündnissystems befinden würde, «zum Beispiel in Warschau, Budapest oder Prag». Das Sekretariat wäre der Leitung des Wapa-Generalsekretärs unterstellt. Die Zentrale würde ferner die ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten beherbergen, ebenso die ständigen oder zeit-

weiligen Kommissionen oder Unterausschüsse.

Die bestehenden Gliederungen militärischer Ausrichtung würden durch das neue politische Gremium nicht weiter tangiert. Sie seien ohnehin mehr mit ost-westlichen Sicherheits- und Kontrollfragen beschäftigt und könnten bestehen bleiben. Demgegenüber erhalte die neue Struktur die Aufgabe, «sich mit dem System der Ost-Ost-Beziehungen zu befassen, denen unseres Erachtens in Zukunft eine prioritäre Sorge des Warschauer Paktes zukommen muss».

Hier geht es laut Bjesrukow und Kortunow vorrangig darum, aus den vielseitigen Kontakten auf allen Ebenen ein geordnetes System zu machen. Dem wird jetzt besondere Wichtigkeit zugemessen, weil die sozialistischen Staaten sich verändern, wodurch sich «neue Ansprüche an den blockinternen Dialog stellen». (Hier wie anderswo wird im Beitrag der veraltete Ausdruck «Block» verwendet, wahrscheinlich faute de mieux.)

Via Partei geht es nicht mehr, weil die kommunistische Führungsrolle schwindet

Interessanterweise fordern die Autoren die neuen politischen Wapa-Strukturen ausdrücklich auch deshalb, weil man zunehmend auf Regierungsebene miteinander verhandeln müsse, da der frühere Weg über die Partei immer schlechter zu begehen sei. Neue politische Kräfte seien im Aufbruch und drängten darauf, mit den Kommunisten in den politischen Wettbewerb zu treten, wie denn in Polen die PVAP ihre führende Rolle bereits abgetreten habe. Die Umwandlung Ungarns hatte zur Zeit der Abfassung dieses Textes noch nicht stattgefunden, aber offenbar gehen die Verfasser

davon aus, dass sich der Führungsanspruch der Partei generell nicht aufrechterhalten lasse, und drängen schon aus diesem Grund auf eine parteiunabhängige Koordinationsstelle für die östliche Gemeinschaft.

Pflichtenheft mit Hauptmotiv der Brandverhütung im eigenen Lager

Die Vertretungen der Mitgliedstaaten haben laut diesem Vorschlag im neuen Zentrum vornehmlich Koordination jeder Art zu betreiben: Sie halten regelmässige Konsultationen über globale Probleme ab, sie kooperieren mit dem RGW (auf dessen unveränderte oder veränderte Rolle im Beitrag nicht eingegangen wird), sie beraten ihr aussenpolitisches Auftreten zum Beispiel vor der UNO, sie vergleichen ihre Ansichten zu internationalen Konflikten und Krisen, sie stimmen ihre Waffenverkäufe und ihre Militärhilfe an die Dritte Welt aufeinander ab, sie einigen sich auf einen Rahmen zur «Bewältigung bilateraler oder multilateraler Konfliktsituationen» zwischen den Wapa-Mitgliedstaaten, sie erarbeiten eine gemeinsame Paktpolitik bezüglich Rüstungskontrolle, sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und dergleichen, sie untersuchen die Tätigkeit von Nato und westeuropäischen Körperschaften, sie sorgen für interparlamentarische Kontakte der Mitgliedstaaten bezüglich Aussenpolitik und Steuerpolitik, sie bestimmen eine gemeinsame Geheimhaltungssphäre und deren Grenzen, sie geben einen Pressedienst heraus und machen Public Relations, sie betreiben Meinungsforschung bezüglich internationaler Sicherheit, Abrüstung und Verhältnis von Wapa und Nato, sie widmen sich jedem neu auftauchenden Problem mit dem Ziel, auf annehmbare Lösungen zu kommen.

Der Vorschlag von «Nowoje Wremja» beruht auf der postulierten Voraussetzung, dass die jetzigen Mitgliedstaaten von Wapa und RGW nach wie vor eine erkennbare Gemeinschaft mit gemeinsamen Interessen bilden. Was den betreffenden Staaten aber nach dieser Auffassung heute zunehmend fehlt, ist ein politischer Lenkungsmechanismus, weil die bisherigen Einheitsgaranten entfallen. Die ebenso unausgesprochene wie selbstverständliche Massgeblichkeit Moskaus besteht nicht länger, und die koordinierte Massgeblichkeit der kommunistischen Parteien schwindet dahin. Wenn aber die politische Willensbildung der Paktstaaten wenigstens jene minimale Gemeinsamkeit behalten soll, die zur Vorbeugung blockinterner Konflikte unerlässlich ist, bedarf es einer neuen Körperschaft, die dazu tauglich ist. Der vorliegende Entwurf sieht sie in einer zusätzlichen Funktion des Warschauer Paktes, der auf militärischer Ebene ein schon vorhandenes Bindeglied zwischen den sozialistischen Staaten (soweit sie noch sozialistisch sind) darstellt und nun die erforderliche politische Dimension erhalten soll, weil die früher diktierte Einheitspolitik nicht mehr möglich ist.

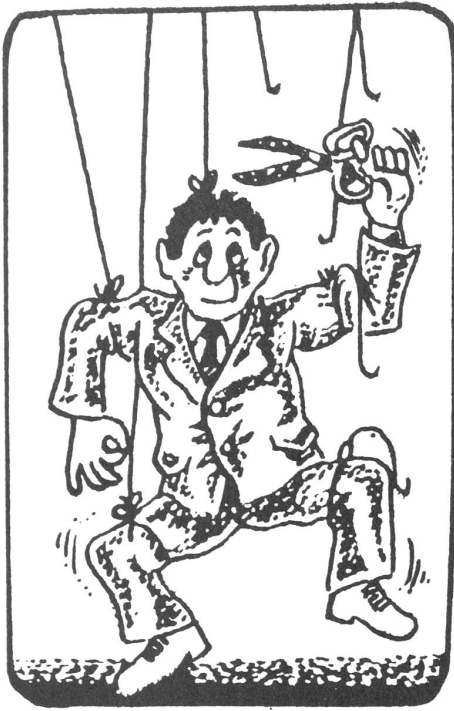
Unsere périodische Zeitbild-Rubrik

Reformen in der Sowjetunion

Zeitabschnitt	Anteil der fortschrittlichen Reformen	Anteil der Rückschritte
	am Total der Reformen	
im Monat Oktober allein	84 %	16 %
seit Beginn der Analyse	77 %	23 %

- Im Monat Oktober waren bei den Demokratisierungsmassnahmen erstmals keine Rückschritte zu verzeichnen, dafür aber eine nicht unwesentliche Zunahme der entsprechenden Fortschritte, bewirkt durch die Verabschiedung von positiv zu bewertenden Korrekturen an der Unionsverfassung und von ebensolchen Gesetzen auf den Gebieten Wahlen und Streiks.
- Die Rationalisierungsmassnahmen erfuhren im militärischen Bereich eine ziemliche Steigerung; dies hauptsächlich zufolge einer Umstellung von Militärbetrieben auf die Produktion von Konsumgütern.
Nach unseren Feststellungen vervierfachten sich die Rationalisierungsmassnahmen auf dem Gebiet der Innenwirtschaft gegenüber dem Vormonat.
- Die festgestellte Verminderung von reinen Liberalisierungsmassnahmen zugunsten von solchen der Rationalisierung und Demokratisierung deutet auf ein Fortschreiten der Perestrojka.

Zusammenstellung: Harald de Courten



Aus der Zeitschrift «Sozialismus»: «Theorie und Praxis», Moskau, Nr. 11/1989.

Osteuropa kann nur noch mit politischen Mitteln gerettet werden

Somit handelt es sich um einen regelrechten Rettungsvorschlag für die östliche Gemeinschaft, die sonst politisch auseinanderzufallen droht. Die Diagnose der Ausgangslage ist inzwischen durch die Entwicklung in Ungarn und in der DDR sowie durch die Weiterentwicklung in Polen bestätigt worden, und die Symptome für einen bevorstehenden Umbruch in Bulgarien und der CSSR kämen noch dazu. Die Emanzipation Osteuropas ist im Gange und tangiert unweigerlich auch die Aussenpolitik mit der vorrangigen Frage nach dem Verhältnis zur Sowjetunion.

Der Wapa-Umgestaltungsvorschlag aus Moskau will dem Rechnung tragen, indem er eine politische Gemeinschaft neuen Typs vorschlägt, praktisch reduziert auf die Gemeinsamkeiten von Geographie, Entwicklungsstand und sozialistischer Vorgesichte. Als Ersatzlösung für das frühere Paktverständnis ist das plausibel.

Die Frage ist freilich offen, ob eine neu definierte Lagerordnung das ist, wonach sich die politisch neu gestalteten Staaten Osteuropas und ihre Bevölkerung sehnen. Auch eine noch so konsultativ funktionierende, noch so sehr auf Schlichtung und Konfliktvermeidung bedachte Zentrale hätte ihre Auswirkung auf die osteuropäischen Souveränitätsverhältnisse, die immer noch unter der alten Lesart leiden, und dass die Osteuropäer

begierig auf eine neue Koordination warten, lässt sich schwer annehmen. Tatsächlich erstrebt Ungarn erklärterweise einen Status als unabhängiger und neutraler Staat, und das bedeutet Nichtzugehörigkeit zum Warschauer Pakt, wie politisch reformiert er immer sei. Polen erstrebt unerklärterweise das gleiche, mindestens als Fernziel, und der Warschauer Pakt ist in Warschau schlecht beheimatet.

DER KOMMENTAR

Wenn man an den früheren sowjetischen Anspruch denkt, ist der Vorschlag von «Nowoje Wremja» geradezu ein Entsagungsvorschlag, aber wenn man den heutigen Strömungsverlauf in Osteuropa sieht, zielt die relativ kühne Vision doch daneben und bleibt auch hinter dem Gang der Hauptereignisse zurück. Wahrscheinlich kommt sie zu spät, um nicht vom Leben bestraft zu werden.

Die Autoren nehmen in ihrer Arbeit mehrmals bezug auf die Trennungslinie zwischen den «traditionalistischen» und den «reformistischen» Staaten Osteuropas, wobei sicherlich zu Recht eine Affinität der letzteren zur Sowjetunion der Perestrojka unterstellt wird. Bloss stimmt die mitschwingende Annahme nicht, die emanzipierten Gesellschaften seien «somit» darauf erpicht, gemeinsam mit der Sowjetunion das bestehende Wapa-Lager neu zu gestalten; ein Eingehen auf solche Vorstellungen wäre eher Taktik im Rahmen einer Lösungsstrategie.

Desgleichen darf die Bemerkung, dass das Ansehen der Sowjetunion in Osteuropa bei der Bevölkerung gestiegen sei, nicht zur Schlussfolgerung verführen, dass «deswegen» der Wunsch nach einem Schulterschluss mit der neuen Sowjetunion erstarke. Die Zustimmung gilt nicht so sehr einer neuen, guten Macht als vielmehr der Zersetzung der sowjetischen Macht über Osteuropa. «Wenn es die Russen wirklich fertigbringen, uns freizugeben, kann ich nur sagen: Respekt, Respekt.» Von dieser Qualität vornehmlich ist das neue Ansehen, das die Sowjets bei der osteuropäischen Bevölkerung geniessen.

Das schliesst nicht aus, dass man auch die sowjetischen Reformer oder Umgestalter als solche schätzt. Aber man wird sich – dankbar oder undankbar – jede Freiheit nehmen, die sie gewähren wollen oder müssen, und die Freiheit zum Austritt aus dem War-

schauer Pakt vielleicht besonders gern. Gegebenenfalls würden auf dem Weg dahin auch Umwandlungsetappen in Kauf genommen, nur könnten diese jetzt schon als Umweg aufgefasst werden, der sich erübrigt. Das Verhältnis der osteuropäischen Völker zum Warschauer Pakt in beliebiger Gestaltung gleicht dem Verhältnis der nichtrussischen Völker auf sowjetischem Territorium zur UdSSR in beliebiger Gestaltung.

Ein Zeugnis für das neue Denken in der Sowjetunion ist der Vorschlag zur Wapa-Reform trotzdem. Bemerkenswert erscheint vor allem die Selbstverständlichkeit, mit der die Autoren davon ausgehen, dass die Zeiten des Moskauer Diktats endgültig der Vergangenheit angehören und dass die kommunistische Ideologie oder deren parteiliche Ausprägung keinen Kitt für eine osteuropäische Gemeinschaft mehr abgeben. Dass diese doppelte Einsicht sogar bei denen vorhanden ist, welche den Pakt in die neue Zeit hinüberretten wollen, macht den Umschwung in der Mentalität besonders deutlich.

Wieweit das vorgelegte Modell einer Neuordnung der sowjetisch-osteuropäischen Beziehungen via Warschauer Pakt für das sowjetische Führungsdenken repräsentativ ist, wäre noch eine separate Frage. Aus dem Militärpakt vermehrt ein politisches Gebilde zu machen, ist so weit auch der Wunsch von Gorbatschow, aber den beiden Autoren schwebt ganz eindeutig der separate Bau eines gemeinsamen osteuropäischen Hauses vor, weil die sozialistischen (oder ehemals sozialistischen) Länder in einem gemeinsamen europäischen Haus zu einem Hinterhofdasein verurteilt wären.

Lässt sich der Warschauer Pakt überhaupt noch revitalisieren? Und das noch rechtzeitig, das heisst bevor die Sowjetunion mit ihrem «Bündnissystem» allein dasteht?

Tatsächlich ist die Zeitfrage angesichts der osteuropäischen Entwicklung schon jetzt wichtig. Möglicherweise sogar gefährlich wichtig. Wenn sich alle Erneuerungsbestrebungen als unbehelflich erweisen, kann schon zur schieren Chaos-Vermeidung der Wunsch wiederaufkommen, den Warschauer Pakt nicht zu renovieren, sondern zu restaurieren, im alten Sinn und mit den alten Mitteln. Der Weg über die Wiederherstellung der Lagerordnung müsste notgedrungen über die Ordnungswiederherstellung in der Sowjetunion selbst gehen, und so wie die Dinge inzwischen gediehen sind, wäre das ganze Unterfangen schlichter Wahnwitz, aber den hat es in der Geschichte ja auch schon gegeben. Die Wahrscheinlichkeit spricht allerdings dagegen, und als real erscheint eher die folgende Alternative: Entweder wird der Warschauer Pakt so verändert, dass sich seine Kontinuität bloss noch im Namen kundtut, oder er löst sich auf.

Damit verhält es sich nicht viel anders als mit der Alternative, die dem Sozialismus beschieden ist.

Christian Brügger